

# **Arbeitsminister Karl-Josef Laumann: „Nur wer seine Rechte und Pflichten kennt, kann auf Augenhöhe verhandeln“**

**60 Jahre Weiterbildungseinrichtung „Arbeit und Leben NRW“**

Düsseldorf, 16.11.2009

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen teilt mit:

Die gemeinsame Weiterbildungseinrichtung von DGB und Volkshochschule in Nordrhein-Westfalen, „Arbeit und Leben NRW“, feierte am Montag (16. November) ihr 60jähriges Bestehen. Arbeitsminister Karl-Josef Laumann erinnerte bei dieser Gelegenheit an die große Bedeutung des außergewöhnlichen Kooperationsmodells für die Arbeitnehmer im Land. „Diese Einrichtung steht seit ihrer Gründung für die Weiterbildung zu Demokratie, Toleranz und gesellschaftlichem Engagement“, sagte Laumann. Die Rahmenbedingungen seien heute allerdings andere, als zu Zeiten der Gründung. Laumann forderte dazu auf, die gewonnenen Rechte und Freiheiten der Arbeitnehmer nicht als allzu selbstverständlich hinzunehmen. „Stand damals, unter dem Eindruck der Katastrophe nationalsozialistischer Diktatur, vor allem das Erlernen von Demokratie im Vordergrund, so geht es heute vielmehr darum, Demokratie nicht zu verlernen“, sagte der Minister.

Beschäftigte, die ihre Rechte und Pflichten kennen, können auf gleicher Augenhöhe mit ihrem Verhandlungspartner sachlich und vertrauensvoll diskutieren. „Demokratie muss aktiv gelebt werden. Das heißt auch, dass Rechte eingeräumt werden müssen und dort, wo dies nicht der Fall ist, auch eingefordert werden können“, so Laumann. Immer dann, wenn Stellenabbau droht, wenn Auszubildenden die Übernahme verweigert wird oder tarifliche Standards eingefordert werden müssen, ist ein hohes Maß an Solidarität, Einsatz und auch persönlicher Mut gefragt. „Arbeit und Leben trägt dazu bei, bei betrieblichen Auseinandersetzungen die Verhandlungsposition der Beschäftigten zu stärken.“, sagte Laumann.

Für viele Beschäftigte wird es aber immer schwieriger, sich Raum für Weiterbildung und gesellschaftliches Engagement zu schaffen. „Die moderne Arbeitswelt stellt hohe Anforderungen an Flexibilität, Verfügbarkeit und Einsatzdauer der Arbeitnehmer“, sagte Laumann. Teilzeitbeschäftigten fehlt aufgrund höherer Arbeitsdichte häufig die Zeit, sich zu engagieren. Zeitarbeiter können im Einsatzbetrieb kaum direkt für ihre Rechte und die der Stammbesellschaft eintreten. Befristeten Beschäftigten hingegen ist es häufig zu riskant, Konflikte mit dem Arbeitgeber einzugehen. „Deswegen geht die Arbeitspolitik in Nordrhein-Westfalen über die bloße Förderung der Weiterbildung weit hinaus. Es ist insbesondere das Ziel, bei der Gestaltung der Arbeit die nötige Flexibilität der Arbeitenden mit der für sie erforderlichen Sicherheit zu verbinden“, erklärte der Minister.